

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Steffi Lemke, Ulrike Höfken, Marina Steindor und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Maßnahmen, Probleme und Risiken bei der Erhaltung pflanzengenetischer Ressourcen

Die Erhaltung pflanzengenetischer Ressourcen in einer möglichst breiten Vielfalt setzt internationale und nationale Anstrengungen voraus. Mögliche Maßnahmen zur Erhaltung von pflanzengenetischen Ressourcen, z. B. Ex-situ-, In-situ- und In-situ-of-farm-Maßnahmen, sind national und international noch nicht aufeinander abgestimmt. Die Rolle und die Aufgaben der Genbanken, Züchtungsunternehmen und Forschungseinrichtungen sind unklar und nicht genügend koordiniert. Während die mit Risiken behaftete gentechnologische Forschung gefördert wird, stehen für Forschungsprojekte der partizipatorischen und konventionellen Züchtung kaum Finanzmittel bereit.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Ist der Bundesregierung bekannt, wie sich der Bestand des gesammelten Materials in den Genbanken der Bundesrepublik Deutschland aufteilt nach Herkunftsland, Fruchtarten und alten Sorten bzw. Wildmaterial?
 - a) In welchen Bereichen bundesdeutscher Herkunft sind die Sammlungen unvollständig?
2. Wo befinden sich – außer in den öffentlichen Institutionen – Sammlungen von pflanzengenetischen Ressourcen (PGR) in der Bundesrepublik Deutschland von bedeutender Größe und Wert?
 - a) Welchen rechtlichen Status schreibt die Bundesrepublik Deutschland privaten Sammlungen zu?
 - b) Hält die Bundesregierung es im Hinblick auf die aktuellen Verhandlungen in der FAO für notwendig oder nützlich, einen Überblick über diese Sammlungen zu gewinnen, und wenn ja, welche Maßnahmen sieht sie dafür vor?
 - c) Falls die Bundesrepublik Deutschland ihre Sammlungen in ein multilaterales Netzwerk unter Aufsicht der FAO ein-

- bringt, werden die Besitzerinnen und Besitzer privater Sammlungen hierzu auch angehalten oder angefragt?
3. Welche Aufgabe sollten nach Ansicht der Bundesregierung bundesdeutsche Genbanken bezüglich der internationalen Bemühungen zur Rettung der PGR übernehmen?
 - a) Ist die Mittelzuweisung an die Genbanken nach Ansicht der Bundesregierung zufriedenstellend, um die ausreichende Pflege der Sammlungen zu gewährleisten und die zukünftigen Aufgaben zu bewältigen?
 4. Wo sieht die Bundesregierung die Grenzen der Ex-situ-Erhaltung und eine Notwendigkeit der Ergänzung mit einer In-situ-Erhaltung?
 - a) Welche Rolle könnten dabei die Genbanken spielen?
 5. Welche strategischen Überlegungen liegen der Rationalisierung der Sammlungen zugrunde?
 - a) Welche Rolle mißt die Bundesregierung der Sammlung von PGR in der Form von Zellkulturen oder DNA-Banken bei?
 - b) Wer sind die Nutzer der Genbanken?
 6. Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Verlust an genetischem Material durch Generosion, Keimfähigkeitsverlust, technische Schwierigkeiten, Verwechslung, unzureichende Etikettierung usw. in den Sammlungen der Genbanken?
 7. Wie könnten sich nach Ansicht der Bundesregierung die Genbanken als Servicezentren für die Projekte und Länderprogramme der In-situ-Erhaltung weiterentwickeln?
 - a) Was strebt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang an?
 8. Welche Kriterien legt die Bundesregierung für den Zugang und die Nutzung der in den Genbanken gelagerten PGR zugrunde?
 9. Aus welchen Gründen erhält die Initiative „Aufruf zur Gestaltung blühender Kulturlandschaften in West- und Ostdeutschland“ der Genbank Gatersleben, die Wildpflanzenbestände wieder in die Landschaft etablieren will, keine öffentliche Förderung, sondern muß sich ausschließlich über private Spenden finanzieren?
 10. Was hat die Bundesregierung bewogen, der Prioritätensetzung der „Konvention zur Erhaltung der biologischen Vielfalt“ zuzustimmen, wonach der In-situ-Erhaltung Vorrang vor der Ex-situ-Erhaltung eingeräumt wird?
 11. Welche konkreten Maßnahmen des Natur- und Biotopschutzes wurden bisher ergriffen, um der In-situ-Erhaltung von Wildmaterial (als PGR) nachzukommen?
 - a) Welche Maßnahmen sind in Planung?

12. Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher ergriffen oder sind in Planung, um PGR In-situ-on-farm zu erhalten?
- Handelt es sich dabei um Programme auf einer Kleinstfläche, oder sind auch größere bewirtschaftete Flächen in bestimmten Gebieten betroffen?
 - Welche Rolle kommt nach Ansicht der Bundesregierung der praktischen Land- und Forstwirtschaft bei der In-situ-on-farm-Erhaltung zu?
13. Ist die gegenwärtige Nutzung der noch vorhandenen PGR in der Bundesrepublik Deutschland nach Ansicht der Bundesregierung mit der Erhaltung und geforderten „nachhaltigen Nutzung“ vereinbar?
- Wo liegt gezielter Handlungsbedarf?
14. Welche Maßnahmen will die Bundesregierung in die Wege leiten, um zu schlüssigen Konzepten zu kommen, wie die In-situ-Erhaltung in der Bundesrepublik Deutschland die ihr zugesprochene zentrale Rolle einnehmen kann?
- Wie gliedert sich dieses Konzept in eine umfassende und auch internationale Strategie für den Gesamtbereich der biologischen Vielfalt ein?
 - Warum ist die Bundesrepublik Deutschland bisher ihrer Verpflichtung, die sie durch die Internationale Konvention über Biologische Vielfalt (CBD) eingegangen ist, nicht nachgekommen und hat eine solche umfassende Strategie entwickelt?
15. Wieviel der staatlichen Zuschußmittel für den Bereich der Erhaltung pflanzengenetischer Ressourcen bei landwirtschaftlichen Kulturpflanzen fließen in Ex-situ-, und wieviel in In-situ-Maßnahmen?
16. Worin liegen nach Ansicht der Bundesregierung die Gründe, daß dem bisher einzigen offiziellen In-situ-on-farm-Erhaltungsprojekt der Bundesrepublik Deutschland, das in drei Biosphärenreservaten in Brandenburg mit alten Weizen-, Roggen-, Kartoffel- und Gemüsesorten durchgeführt wird, das finanzielle Aus droht?
17. Wie schätzt die Bundesregierung den Wert der Arbeit privater Erhaltungsinitiativen ein?
- Sind sie im Rahmen der Prioritätenverlagerung zur In-situ-Erhaltung förderungswürdig, und wird die Bundesrepublik Deutschland zukünftig eine entsprechende Förderung gewähren?
18. Sieht die Bundesregierung in Risiken durch gentechnisch veränderte Pflanzen eine mögliche Bedrohung der PGR?

- a) Sollte deshalb das Thema der biologischen Sicherheit (biosafety) Bestandteil der Diskussion sowohl der nationalen Strategie als auch des Weltaktionsplanes zu PGR sein, der bei der 4. Technischen Konferenz der FAO in Leipzig verabschiedet werden soll?
19. Beabsichtigt die Bundesregierung, der Forderung nach einer Kennzeichnungspflicht von gentechnisch verändertem Saatgut nachzukommen, die insbesondere von Verbänden des ökologischen Landbaus erhoben wird, da die Verwendung derartiger Sorten bei dieser Anbauweise abgelehnt wird?
20. Sieht die Bundesregierung in der sich abzeichnenden Konzentration in der Saatgutbranche durch die neuen Technologien und das Vordringen von branchenfremden Züchtungsfirmen, die durch vertikale Konzentration branchenfremde Interessen verfolgen, eine Gefahr für die Vielfalt der Züchtungsziele, der Züchtungsergebnisse und der mittelständisch geprägten Saatzucht in Deutschland?
21. Ist nach Ansicht der Bundesregierung die Zahl an zugelassenen Sorten ein aussagekräftiges Maß für die genetische Vielfalt in der Landwirtschaft und die Auswirkung des Sortenschutzes?
- a) Wenn nein, welche weiteren Indikatoren scheinen der Bundesregierung aussagekräftig?
22. Wie hoch sind die staatlichen Aufwendungen in der Bundesrepublik Deutschland für die Züchtungsforschung?
- a) Wie teilt sich diese Forschungsförderung zwischen den verschiedenen Bundesressorts und zwischen Ländern und Bund auf?
- b) Gibt es in diesem Bereich eine abgestimmte Forschungsstrategie?
- c) Welcher Anteil der gesamten staatlich geförderten Züchtungsforschung schließt moderne bio- und gentechnologische Methoden explizit mit ein?
- d) Welcher Anteil dient der konventionellen Züchtung mit Extensivierungszielen?
- e) Welche Förderung kommt der expliziten Züchtung für den ökologischen Landbau zugute?
- f) Inwieweit ist die staatliche Züchtungsforschung reine Vorleistung für die private Züchtung?
- g) Haben die privaten Züchtungen Einfluß auf die Konzipierung der staatlichen Forschungsprojekte?
23. Ließen sich der ökologische Landbau und andere extensive Wirtschaftsformen noch dadurch optimieren, daß Sorten speziell für ihre Bedürfnisse entwickelt würden?

- a) Wäre eine Unterstützung entsprechender Züchtungsprogramme durch öffentliche Forschungsförderung ein wichtiger Impuls für die verbesserte Wirtschaftlichkeit des ökologischen Landbaus und gleichzeitig ein Beitrag zur Reduzierung der genetischen Uniformität?

Bonn, den 29. März 1996

Steffi Lemke

Ulrike Höfken

Marina Steindor

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

